

A detailed woodcut illustration of an eagle's head and upper chest. The eagle is facing left, with its beak slightly open. It wears a crown with three distinct points. The feathers on its neck and chest are meticulously detailed with fine lines and cross-hatching, giving a sense of texture and depth. The overall style is characteristic of 16th-century European book illustrations.

Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Redaktion, Druck und Verlag von A. Grafmann, Sprechstunden nur von 12—1 Uhr

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 16. März 1883.

Mr. 126.

Berlin, 15. März. Die Fahne, welche Kaiser laut Kabinettsordre vom 6. März d. J. Seebataillon verliehen hat, befindet sich einigen Tagen im Audienzzimmer der Admiralität Leipziger Platz und soll morgen von dort das königliche Palais überführt werden. Das Entsch der neuen Fahne, aus schwerer weisser Seide in einem Stück gemacht, misst 4 Fuß 6 Zoll Quadrat. Das orangefarbene Mittelfeld trägt einen deutschen Reichsadler, von einem goldenen Lorbeerkranz umrahmt; die vier Ecken je die verschlungenen Initialen W. J. (Wilhelm Imperator) in der ausgeführten und von der goldenen mit Edelsteinen verzierten Kaiserkrone überragt. Um jedes Feldverzierungen schlingt sich wieder ein goldener Lorbeerkranz; je eine flammende Granate liegt zwischen den Eckfeldern. Die Fahnenspitze ist weiß, die goldener Spitze, von welcher das Band der Gesandtschaft von 1870—71 herabfällt und in rothen, schwarz und roth durchwirkten Quasten endet. Von der Spitze, in welcher man den kaiserlichen Namenszug erblickt, bis zum Fahnentuch, dem die Buchstaben S. B. (See-Bataillon) aufgestickt sind, ist das Fahnentuch durch 101 goldene Nägel besetzt, von welchen jedoch 25 nur eingestochen sind und erst des letzten Hammerschlages durch die feierliche Zeremonie der Hagewarten. Es ist eine alte brandenburgisch-preussische Sitte, daß die Nagelung eigenhändig durch König und alle Mitglieder des Königs Hauses auf die jüngsten Prinzen und Prinzessinnen, wenn sie auch noch so jung sind, daß sie kaum den Hammer halten können, geschieht. In der deutschen Tradition ist es das erste Mal, daß eine derartige Zeremonie vom kaiserlichen obersten Kriegsherrn vollzogen wird, wie dies sich auch durch die auf der Fahne und der Fahnenspitze angebrachten Initialen deutlich kennzeichnet, die hier W. J., nicht wie bei jenen der Armee W. R. (Wilhelm Kler) lautet. Außer den Prinzen und den Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses sind Einladungen zur Theilnahme an der Feir ergangen an den Reichskanzler Fürsten v. Moltke, General-Feldmarschall Grafen v. Moltke, den Generalmajor v. Bronckhorst, v. Schellendorff, Staatsminister Admiral v. Stosch, die Generalität u. s. w. Die Uebergabe der Fahne an das kaiserliche Seebataillon in Kiel wird, wie bis jetzt bestimmt, durch den Admiral v. Stosch in den letzten Tagen dieses Monats erfolgen.

— Da die Nachricht mit wachsender Bestimmtheit auftritt, daß der Kultusminister v. Gösler in Stille eine kirchenpolitische Vorlage ausarbeiten, welche eine selbstständige Regelung der Anzeigepflicht bezweckt und in dem Augenblicke des voranstehenden Abbruchs der Verhandlungen mit der Kurie Abgeordnetenhaus zu gehen solle, so haben die Zentrumsleute angefangen, sich mit diesem Gedanken vertrauter zu machen. Bisher bestand bekanntlich das Hauptanstandsstück ihrer Taktik darin, daß sie, selbst die Regierung mit irgend einem zentrumsabwärtigen Vorschlage hervortrat, dieselbe an dem Punkt als den einzigen Herrn der Situation verwerfen. Da sie sehen, daß diese List demnächst nicht mehr verfangen wird, so lassen sie mit sich reden geben zu, daß man auch ohne den Umweg zum Rom dahin gelangen könne, ein kirchenpolitisches Gesetz zu vereinbaren, das alle Theile befriedigt.

Zwei Zeugnisse liegen für die immerhin bedeutsamerthe Wandlung und Milderung der Anschauungen vor, nämlich ein Elaborat des Abgeordneten Brühl über die Mittel und Wege, ein neues Gesetz über die Anzeigepflicht zu machen, bevor die Verhandlungen mit der Kurie abgeschlossen sind, und die Korrespondenz eines Zentrumsabgeordneten in verschiedenen Provinzialblättern, worin der nämlichen Verhinderung von der Möglichkeit eines derartigen Abkommens Ausdruck gegeben wird. Das Zentrumsamt würde allerdings erst auf seinen wahren Werth geprüft werden können, wenn an der Hand der Vorlage sich klarer herausstellte, wie weit das Centrum praktisch entgegenkommen will. In Rom hält man sich nach wie vor ablehnend. So erregt auch der heutige „Moniteur de Rome“ wieder eine Regelung der Anzeigepflicht nach württembergischem Muster werde für die Kurie unannehmlich sein. Die Kurie wird die Dinge erst dann verständlich finden, wenn sie gar nicht mehr um Zustimmung gefragt wird.

über die bei derselben zur Aufbewahrung hinterlegten Wertpapiere der für Offiziere vom Hauptmann und Rittmeister zweiter Klasse abwärts bei Nachsicherung der Heirathsurlaubniß erforderliche Vermögensnachweis geführt werden kann, haben sich nach einer am 1. d. Mts. ergangenen Verfügung des Kriegsministers verschiedene Auffassungen geltend gemacht. Zur Hebung von Zweifeln ist im Einverständnisse mit dem Reichsbandirektorium Folgendes bestimmt worden. Die Vorlegung der in Rede stehenden Schrine über offene Depots genügt, wenn diese Schrine entweder auf den Namen des Offiziers, welcher den allerhöchsten Konsens zur Verheirathung nachsucht, oder auf den Namen seiner Braut ausgestellt sind. Laufen sie auf den Namen einer anderen Person, so können sie bei Führung des Vermögensnachweises nur dann zugelassen werden, wenn die Reichsbank sie für „gesperrt“ nach ihren darüber sprechenden Bedingungen erklärt und außerdem mit einer Angabe dahin versehen hat, daß der betheiligte, genau bezeichnete Offizier Empfänger der Zinsen ist. Die Anwendung des erwähnten Vermerks und die Angabe in den Depotsscheinen wird durch eine von dem Deponenten einzureichende Erklärung bedingt, welche den Offizier zur Erhebung der Zinsen ermächtigt und gleichzeitig sich darüber auspricht, „daß diese Erklärung so lange gilt, bis sie durch schriftliche Zustimmung der betr. Militärbehörde aufgehoben wird“. Zur Ertheilung dieser Zustimmung sind befugt: die kommandirenden Generale für alle im Verbands ihres Armeekorps befindlichen Offiziere des Generalstabes, der Infanterie und Kavallerie; die Generalinspektion bezw. Inspektion für alle Offiziere der Artillerie, Ingenieure, Jäger und des Trains; der Chef des Generalstabes der Armee: für die nicht mehr im Armeekorps befindlichen Generalstab und die Offiziere des Eisenbahn-Regiments; die Generalinspektion des Bildungswesens: für die Offiziere der Kadetten und der Kriegsschulen; endlich das Kriegsministerium: für alle übrigen Offiziere.

In dem von der Herrenhaus-Kommission erstatteten Bericht über die Steuervorlage heißt es: Alle Redner sprachen sich für die Annahme des Gesezentswurfs in der veränderten Form aus, wenn auch aus den verschiedensten Gründen. Die geistigen Getränke und der Tabak, sei es von Reichs- oder Staatswegen, müßten scharfer herangezogen werden. Uebereinstimmend wurde beflagt, daß auch der vorliegende Gesezentwurf nur einen provisorischen Charakter trage und der Wunsch ausgesprochen, zu einem Definitivum zu kommen, durch welches die direkten Personalsteuern im Wesentlichen zu erhalten, aber zeitgemäß umzugestalten seien. Von einer Seite wurde dabei besonders hervorgehoben, daß die direkten Personalsteuern ein wesentliches Korrelat zu den von Reichswegen eingeführten indirekten Steuern bildeten, weil die letzteren als umgekehrte Progressivsteuern wirkten, und wesentlich von den unteren Soz. Klassen zu tragen wären.

— Aus St. Petersburg wird berichtet: Wie es heißt, wird Prinz Friedrich Karl von Preußen, der bekanntlich in unserer Armee den Rang eines Feldmarschalls bekleidet, zum Chef des Libauischen Grenadier-Regiments ernannt werden, welches bisher dessen Vater, den unlängst verstorbenen Prinzen Karl, zum Chef zählte. Letzterer feierte vor Kurzem sein sechszigjähriges Jubiläum als Chef seines Regiments, und ernannte Seine Majestät der Kaiser damals, um dem hohen Jubilar eine Freude zu bereiten, dessen Enkel, den Sohn des Vorgenannten, Prinz Leopold, zur Suite desselben. Das Libauische Grenadier Regiment befindet sich in derselben Brigade mit dem Kalugaischen, dessen langjähriger Chef Kaiser Wilhelm ist und heißt die Brigade in der Armee allgemein die „Preussische“. Jedenfalls dürfte jene Ernennung, falls sie sich bewahrheiten sollte, als ein Symptom der auch heute noch hoch gehaltenen Traditionen der einstigen preussischen Waffenbrüderschaft gelten.

— Wie man vernimmt, ist heute Vormittag in allen Post-Revieren den Geldbrießträgern eine Verordnung des Staatssekretärs Herru Dr. Stephan vorgeliesen worden, nach welcher die Geldbrießträger künftig in Hotels und Gasthäusern Geld nur im Zimmer eines Adressaten in Gegenwart des Zimmerknechts, des Hausknechts und des Portiers aushändigen dürfen. Sollte die Anwesenheit eines solchen Dritten sich nicht bewirken lassen, so dürfen die Geldbrießträger in Hotels und Gasthäusern die Aus-

händigung von Geldbriefen und Geld auf Postanweisungen nur auf dem Korridor des Hotels oder Gasthauses vornehmen. Ferner ist bestimmt worden, daß bei Adressaten, welche in Chambres garnies wohnen, das Geld nur in Gegenwart des Zimmer-Vermiethers oder der Zimmer-Vermietherin ausgehändigt wird. Diese Vorsichtsmaßregeln sind nach dem traurigen Ereigniß, der letzten Tage doppelt zu billigen.

— Das Staatsministerium hat soeben beschlossen, daß der Landtag durch königliche Verordnung vertagt werde und zwar von dem Tage an, wo das Herrenhaus den Staatshaushalts-Etat erledigt hat, bis 15. April inkl. (Der 15. April ist ein Sonntag.) Es wird der Einbringung der königlichen Verordnung unverzüglich entgegenge-
sehen.

— Auf derselben Strecke, auf welcher im letzten Sommer das große Eisenbahnunglück von Hugstetten sich ereignete, ist ein solches, glücklicher Weise ohne so schlimme Folgen, abermals vorgekommen. Dem „Frankfurter Journal“ wird aus Freiburg gemeldet:

„Der gestern Abend nach 8 Uhr hier fällige Zug ist zwischen Freiburg und Hugstetten in Folge Schneesturmes entgleist. Bisher sind nur zwei leichte Verletzungen bekannt geworden. Mehrere Waggonen sind zertrümmert. Das Militär war mit dem Fortschleifen des Schnees beschäftigt, als der Zug entgleiste.“

Der Präsident des Reichsgerichts, Wirkl. Geh. Rath Dr. Simson, feiert im April das 50 jährige Jubiläum seiner richterlichen Thätigkeit. Leider ist zu befürchten, daß der ohne Zweifel zu hohen Ehrenbezeugungen ausersehene Tag durch die schon lange andauernde Krankheit der hochbetagten Gemahlin des Präsidenten einigermassen getrübt werden dürfte.

— Der Chef der Admiralität, Staatsminister von Stosch, wird, wie wir schon kurz meldeten, auf seinem Posten verbleiben, nachdem die Meinungsverschiedenheiten, welche zwischen ihm und dem Reichskanzler in der mehr erwähnten chinesischen Affaire bestanden haben sollen, für beide Theile zufriedenstellend gelöst worden sind. Der chinesische Gesandte Li-Tong Bao, der in letzter Zeit mehrfach in der bekannten Angelegenheit mit dem Auswärtigen Amt verhandelt haben soll, wird an dem Diner, welches der Reichskanzler Fürst Bismarck zur Feier des Geburtstages des Kaisers veranstaltet hat, theilnehmen und einige Tage später eine Reise nach Amsterdam antreten.

— In dem Befinden des Reichskanzlers soll in den letzten Tagen zwar eine Besserung eingetreten sein, doch ist die Venenanschwellung, an welcher der Fürst leidet, nur im langsamen Weichen begriffen. Melbungen, welche auf einen etwa um Oftern beabsichtigten Domizilwechsel des Reichskanzlers hindeuten, begegnen deshalb begründetem Zweifel; und was insbesondere eine etwaige Uebersiedelung desselben nach Friedrichsruhe anlangt, so sind die dort in Angriff genommenen baulichen Veränderungen noch nicht so weit gediehen, um eine baldige Uebersiedelung des Reichskanzlers nach dort möglich erscheinen zu lassen.

— Mit dem heutigen Tage läuft der wiederholt verlängerte Handelsvertrag mit Spanien ab; von einer abermaligen Verlängerung ist nichts bekannt und die Aussichten für den Abschluß eines neuen Vertrages sollen sehr ungünstig stehen.

— An dem Sterbebett des Fürsten Gortscha-
koff scheint es sehr merkwürdig hergegangen zu sein.
Wir entnehmen u. A. darüber einem Berichte des
B. B.-R.:

... Schon am Abend vor dem Tode des Fürsten hatten dessen beide Söhne, Konstantin und Michael, einen Tragkorb in die Villa Braun kommen lassen, um ihren Vater nach eingetretenem Tode sofort fortzunehmen. In der Zwischenzeit suchten sie Alles, was ihrem Vater gehörte, an sich zu nehmen, und gestatteten nicht einmal der Madame Braun, welche ihn wochenlang mit der aufopferndsten Sorgfalt Tag und Nacht gepflegt hatte, einige kleine Geschenke, die sie dem Fürsten selbst seiner Zeit gemacht, zurückbehalten zu dürfen. Am letzten Sonnabend war der Madame Braun von dem Fürsten Konstantin bedeutet worden, daß sie das Krankenzimmer nicht mehr betreten dürfe. Als ihr aber am Sonntag früh 4 Uhr der Tod des Fürsten gemeldet worden war, konnte sie es sich nicht versagen,

von dem Verbliebenen noch persönlich Abschied nehmen, und so begab sie sich in Begleitung ihres Rechtsbeistandes, den sie zu ihrem persönlichen Schutze die ganze Nacht beigezogen hatte, an das Sterbebett des Tzisten, wo seine beiden Söhne anwesend waren. Etwa eine halbe Stunde nachher wurde der noch warme Leichnam in den bereit gehaltenen Korb gedrückt, und fort ging es mit ihm in dem heftigsten Schneegestöber und bei dem heulenden Winde. Als die Leiche im Europäischen Hofe angelangt, war bereits polizeiliche Schutzmannschaft angewiesen, um die Leiche zu bewachen.

Sonntag Abend 6 Uhr begab sich das großherzogliche Amtsgericht in Begleitung des großherzoglichen Staatsanwaltes vom Landgerichte Karlsruhe und der beiden hiesigen Gerichtsärzte Dr. Verton und Dr. Knecht, sowie des behandelnden Arztes Dr. Schlep in den Europäischen Hof, um dort die gerichtliche Sektion vorzunehmen. Nach Beendigung derselben fand durch Herrn Dr. Schlep die Einbalsamirung der Leiche statt. Ueber das Resultat derselben weiß ich vorerst nur so viel zu berichten, daß das Gericht die Eingeweide und den Magen an sich genommen haben soll.

Am Montag Nachmittag erfolgte in Anwesenheit des großherzoglichen Oberstaatsanwaltes von Karlsruhe die wiederholte Vernehmung der Frau Braun, sowie des alten Kammerdieners des Fürsten. Auch der greise Wirthschafter war während seines Krankenlagers, als er sich bei noch klarem Verstande befand, ebenso wie das ganze in der Villa Braun befindliche Personal schon früher nach der ersten bedenklichen Erkrankung vernommen worden. Der Verstorbene soll damals ausdrücklich gewünscht haben, daß die Untersuchung niederge schlagen werden möge.

Erwähne mag noch werden, daß der Fürst, als er noch bei klarem Bewußtsein zu Bette lag, der Madame Braun eine jährliche Rente von 24,000 Mark testamentarisch zusichern wollte, welche jedoch von Letzterer angesprochen wurde. Dieselbe hat auch seit der Erkrankung des Fürsten die Kosten der Verpflegung u. d. desselben und seines Personals aus eigenen Mitteln bestritten, ohne daß ihr seitens der Erben des Verstorbenen bis jetzt auch nur gedankt worden wäre. Fürst Konstantin soll bei Gericht bezeugt haben, daß ihm von seinem Vater noch auf dem Krankenbette die Auszahlung einer Jahresrente von 24,000 Mark an Frau Braun als letzter Wille bekannt gegeben worden sei. . . .

Ein Wolff'sches Telegramm meldet inzwischen die Beisetzung der Leiche des Fürsten.

— Bezüglich der Swatau-Angelegenheit entnehmen wir dem „Japan Daily Herald“ vom 18. Januar d. J. nachstehende Informationen eines Bessinger Korrespondenten, welche diese Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen:

„Jedermann“, schreibt der erwähnte Korrespondent, „ist hier in hohem Grade durch die höfliche Art der Vergeltung amüset worden, welche der deutsche Gesandte, Herr von Brandt, jüngst gegenüber dem auswärtigen Amte (Tsungli-Yamen) geübt hat. Vor einem Jahre oder länger wurden einige deutsche Schiffe an den Küsten geplündert. Abhülfe wurde von den chinesischen Provinzialbehörden verweigert. Der Fall war so klar, daß das auswärtige Amt in Peking rasch Kapitultirte und Abhülfe versprach. Der deutsche Gesandte sagte hierauf zu Wang Tsu-tsen, der jetzt wegen Verletzungen in Unnade gefallen ist: „Senden Sie, um Aufschub zu vermeiden, einen telegraphischen Befehl.“ Hierauf entgegnete Wang, der manchen alten Groll hegte: „Unmöglich, nicht einmal in den finsternen Tagen der Chon-Dynastie wurden Telegramme abgefaßt. Beratungen sind nothwendig und die Erörterungen zwischen unseren beiden Nationen müssen zeremoniell sein. Ueberdies kann ich die Provinzialbeamten nicht durch einen plötzlichen Befehl in Aufregung versetzen. Briefe sollen vorbereitet und abgefaßt werden, und Alles wird gut gehen. Lassen Sie mich Ew. Excellenz sagen, daß Geduld eine Eigenschaft des Höherstehenden ist.“

Herr von Brandt nahm die Lehre entgegen und wünschte, sie bei Gelegenheit anwenden zu können, eine Gelegenheit, die sich vor drei Wochen fand, als ein Bote des auswärtigen Amtes in aller Eile zu ihm kam mit der Meldung: „Ihre Fregatte hat in Swatau auf chinesischem Boden ein Detachement gelandet. Dieses Verfahren ist unerhört. Senden Sie unverzüglich telegraphisch dem Kapitän einen gemessenen Befehl, sich selbst, sein Detache-

ment und um Swift zu entzünden, und das auswärtige Amt wird die Angelegenheit mit Ihnen hier ordnen. Aber Ew. Excellenz müssen jetzt, in diesem Augenblick ein Telegramm absenden." Hier- auf entgegnete nun der deutsche Gesandte: "Es verurtheilt mich zwar eine unbesiegbare Pein, das Ersuchen des auswärtigen Amtes abzulehnen, aber es ist unmöglich, das Telegramm abzusenden. Puffendorf und Grotius, die Gelehrten, welche alle meine Handlungen lenken, würden in ihren Särgen standhaft werden. Uebrigens dürfen die Nerven eines deutschen Fregattenkapitäns nicht durch ein Telegramm erregt werden. Nein, Ew. Excellenz, ich darf kein Telegramm absenden. Gelegentlich werde ich mit der Post eingehende Einzelheiten über die Swatau-Angelegenheit erhalten. Ich werde Alles genau prüfen, und nachdem ich die Gründe für und wider abgewogen habe, werde ich meine feierliche Entscheidung kundgeben. Geduld! und Alles wird gut gehen. Zur geeigneten Zeit werden Briefe in aller Form abgesandt werden, und ist nicht Geduld, wie Ihre Weisheit sagen, eine Tugend? Wollen Sie die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung entgegennehmen." Der Abgesandte des auswärtigen Amtes lächelte, beim Zuhören ver- längerte sich sein Gesicht, und er nahm Abschied mit einem Gefühle, als ob er in Gefangenschaft verkauft worden wäre."

Neben diesen Informationen des "Japan Daily Herald" liegt ein Bericht der "Deutschen Konsulate-Zeitung" vor, dem wir noch Folgendes entnehmen:

"Die Bestimmungen des deutsch-chinesischen Handelsvertrages haben zu den Vorgängen in Swatau keine Veranlassung gegeben. Auf welches Ab- kommen mit der chinesischen Regierung der dortige Konsul sein Vorgehen sonst stützt, ist uns nicht be- kannt. Wohl beabsichtigte die deutsche Regierung vor einigen Jahren in Swatau ein Terrain zu er- werben zur Anlage einer Kohlenstation. Natürlich würde man dann versucht haben, dasselbe der chi- nesischen Verwaltung ebenso zu entziehen, wie dies mit den "Konzessionen" der Fall gewesen ist. Jene Absicht wurde indessen nicht ausgeführt, später viel- mehr der offene Hafen von Amoy, nördlich von Swatau, ins Auge gefaßt. Möglich bleibt in- dessen, daß man wieder nach Swatau zurückgekehrt ist, daß die chinesische Regierung zunächst in die Landabtretung gewilligt hat und jetzt unberechtigte Schwierigkeiten erhebt. In Bedeutung gewinnt der ganze Vorgang, wenn man erwägt, daß Herr von Möllendorff nicht Vize-Konsul, sondern zweiter Dol- metscher bei der Gesandtschaft in Peking ist. Herr Schaar dagegen ist nicht Berufs-, sondern Wahl- konsul in Swatau. Hiernach gewinnt es fast den Anschein, als ob Herr von Möllendorff von Peking ausdrücklich nach dem Süden gesandt worden ist, um die Befehle des streitigen Terrains in Szene zu setzen. Dann würde aber die Initiative nicht von dem Vizekonsul in Swatau ausgegangen sein, sondern von der Gesandtschaft in Peking, welche ihrerseits wiederum nur im Auftrage der Reichs- regierung gehandelt haben kann. Auf der anderen Seite wird besonders erwähnt, daß die Zollbehörde sich der Besitzergreifung widersetzt habe. Die Zoll- verwaltung in den offenen Häfen ist in den Hän- den von Europäern, welche natürlich in chinesischen Diensten stehen. Der Chef dieser Verwaltung aber ist ein Mann, welcher sowohl die politischen Ver- hältnisse Europas genügend kennt, als auch einer großen Vorsicht in seinem Auftreten gegen eine fremde Macht sich befleißigt. Da derselbe außer- dem einen großen Einfluß auf die Entschlüsse der chinesischen Regierung ausübt, so ist auch die An- nahme, daß die letztere in diesem Falle unüberlegt gehandelt haben könnte, ausgeschlossen. Aus allen diesen Einzelheiten erhellt, daß die Vorgänge in Swatau in ihrer Folge von der allergrößten Be- deutung sein können, und daß wir berechtigt sind, dem Fortgange dieser Angelegenheit mit der größten Spannung entgegenzusehen."

Wie aus Konstantinopel vom 14. d. ge- meldet wird, ist Prinz Friedrich Karl in Baal Bec eingetroffen und beabsichtigt, morgen nach Veyrut und dann voraussichtlich nach Kreta zu gehen.

Musland.

Wien, 14. März. Der "Fall Schönerer", welcher die öffentliche Aufmerksamkeit in einem Maße gefesselt hielt, daß alle anderen Tagesereignisse hin- ter ihn zurücktraten, hat durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses in der gestrigen Abend Sitzung seinen vorläufigen Abschluß gefunden, bis er vor dem Strafgericht zur endgültigen Erledigung ge- bracht werden wird. Wie bereits gemeldet, stimmte die vereinigte Linke geschlossen gegen die verlangte Auslieferung. In der der entscheidenden Plenar- sitzung vorausgegangenen Klub Sitzung der Liberalen hatten sich gewichtige Stimmen für die Auslieferung erhoben, welche ihre Anschauung mit dem Hinweis darauf begründeten, daß eine Stimmabgabe in an- derer Richtung von den Gegnern sehr leicht falsch ausgelegt und den schon häufig gegen die Deutsch- liberalen geäußerten Vorwürfen neue Nahrung geben könnte. Den Ausschlag gaben indes Männer, deren österreichische Gesinnung über jeder Anfechtung steht, wie die Abgeordneten Graf Salm und Schar- schmidt; sie betonten, daß der Patriotismus der Verfassungspartei unzweifelhaft sei und diese daher das stets befolgte Prinzip, die Immunität jedes Abge- ordneten, welcher Partei derselbe auch angehört, zu schützen, auch in dem vorliegenden Falle aufrecht erhalten dürfe. Einzelne Abgeordnete der Linken, welche diesen Standpunkt nicht theilten, fehlten bei der Abstimmung, ebenso auch einige Polen, denen der Fall Rogawski doch einiges Abbrüden verur- sachen mochte.

In der um 7 1/2 Uhr beginnenden Abend-

sitzung ergriß, nachdem der Referent des Immunitäts- ausschusses, Fuchs, seinen Bericht erstattet hatte und die Akten über die Vorgänge bei dem Wagner- Kommerz verlesen worden waren, Abg. v. Schönerer das Wort.

Zur Feier des Jahrestages des 13. März, sagte er, werden Sie die Aufhebung der Immunität eines freisinnigen Abgeordneten beschließen. Ich bin prinzipiell gegen die Auslieferung an das Straf- gericht, wenn es sich um einen politischen Töbungs- prozess handelt, wie es in der vorliegenden Angele- genheit der Fall ist. Doch keine Regel ohne Aus- nahme. Es wird eben nicht allein gegen mich die Anklage erhoben, sondern wie mir versichert wird, auch gegen solche Personen, die dem Abgeordneten- hause nicht angehören. Würde ich nun durch meine Immunität geschützt werden — ich, der ich doch der anerkannte Führer der deutsch-nationalen Partei in Oesterreich bin —, so würden Andere in vor- liegenden Fälle in derselben Sache ohne mich zur Rechenschaft gezogen werden, was gewiß nicht recht und billig wäre. Ich weiß, daß man mir hier nicht freundlich gesinnt ist, habe das Eine wird Niemand zu behaupten wagen, daß ich nicht stets der Wahrheit die Ehre gegeben. Ich erlaube mir nun, darauf hinzuweisen, daß in der gegen mich erhobenen Anklage die am schwersten ins Gewicht fallenden gravierendsten Momente aus der Luft ge- griffen sind; deshalb gratulire ich schon heute ge- wissen Leuten zu der Riesenblamage, die in Folge dieser Punkte der Anklage eintreten und auf dieselben zurückfallen muß. Schließlich danke ich allen Je- nen, die in dieser Angelegenheit durch Zustimmung zur Auslieferung dazu beitragen, daß die Zahl mei- ner Anhänger sich außerordentlich vermehren wird. (Gelächter.) Und wenn gesagt wurde: "Es giebt noch Richter in Oesterreich!" so füge ich hinzu: "Es giebt auch noch Geschworene in Oesterreich!"

Herr von Schönerer verließ nach diesen Wor- ten den Saal. Der Abg. Tomaszewski begründete demnach den Antrag der Vereinigten Linken: mit Rücksicht darauf, daß kein genügendes Material vorliege, aus dem das Haus sich ein Urtheil bilden könne, zur Zeit in die Auslieferung nicht zu willigen. Der Justizminister Pragal erklärte, die Re- gierung habe sich in der ganzen Angelegenheit völ- lig passiv verhalten. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab das bekannte Resultat. Vor dem Abgeordnetenhaus streiften in den Abendstunden zahlreiche Polizeipatrouillen. Es blieb indes Alles ruhig; nur einige Studenten warteten vor der Thür des Hauses auf den Ausgang der Affaire.

Paris, 14. März. Die vom "Times" Kor- respondenten langirte Nachricht, daß Jules Grevy daran denke, zu demissioniren, wird offiziös als je- der Begründung entbehrend bezeichnet, obgleich es thätig ist, daß der Präsident der Republik lebhafte gegenüber einer namhaften politischen Per- sönlichkeit eine von Entmutigung zeugende Aeuße- rung gethan hat.

Der erst vor einigen Wochen für den hiesigen Posten ernannte Botschafterath der deutschen Bot- schaft, Herr von Hirschfeld, wird Paris in den nächsten Tagen wieder verlassen, da das Augenlei- den, von dem er vor einigen Monaten befallen wurde, sich in der letzten Zeit so sehr verschlimmert hat, daß derselbe leider gezwungen ist, sich vorläufig jeder amtlichen Thätigkeit zu enthalten. Herr von Hirschfeld begiebt sich zunächst mit Urlaub nach Berlin.

Provinzielles.

Stettin, 16. März. Die Beerdigung des so plötzlich verstorbenen Generalkonsuls L. H. Griebel fand gestern, am sechszigsten Geburtstag des Ent- schlafenen, Nachmittags 4 Uhr unter außerordent- licher Theilnahme statt. Im Trauerhause hielt der Pastor Hoffmann die Leichenrede, in der er auf die hohen Geistesgaben und den großen Wohlthä- tigkeitssinn des so rasch aus dem Leben Gerufenen hinwies. Auch er betonte, wie wir dies bereits ge- than hatten, daß der Konsul Griebel im Stillen außerordentlich viel für die Armen gethan habe und es stets verschmähte, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Er könne dies in Bezug auf seine Ge- meinde (Petri-Paulkirche) bezeugen. Die Feier wurde mit dem Choral "Jesus meine Zuversicht" eröffnet und mit der Motette "Wie sie so sanft ruhn" geschlossen. Die Gesänge führte der Herren- chor unseres Stadttheaters aus, unterstützt von den Opersängern Bußmann, Giesinger, Frened und Hagen. Dem überaus reich geschmückten Sarg folgte eine stattliche Menge, unter ihn nächst den Verwandten das Komitöpersonal der Firma, die auswiesenden Kapitäne der zur Aberei direkt und indirekt gehörigen Schiffe, die sonstigen Bediensteten des Entschlafenen, ferner Vertreter der Firma aus Swinemünde, Danzig und Elbing, sowie die Chefs der ersten Handelshäuser unserer Stadt. Unter ihnen die s. t. Kommerzienräthe bezgl. Konsule Brumm, Krefmann, Schlutow, Haler, Kleber, Scheele, Rudolph u. A. Am Grabe wurde ein einfaches Gebet gesprochen.

Ein Nachwächter in Unter-Bredow mag gerade kein beneidenswertes Amt haben, aber er darf deshalb seine Amtsbezüge nicht in solcher Weise überschreiten, als dies in der Nacht vom 16. zum 17. Juni v. J. der Wächter Hermann Frie- drich gethan. Derselbe ist in Unter-Bredow stationirt und hörte in der genannten Nacht meh- rere Personen auf der Straße singen. Er zog sei- nen Säbel, ging an die vermeintlichen Ruhestörer heran und schlug einen derselben, den Arbeiter Zühlendorf, mit dem Säbel über die Stirn, so daß derselbe eine klaffende Wunde davontrug. Deshalb in der gestrigen Sitzung der Strafkammer des Lan- desgerichts wegen schwerer Körperverletzung als Be- amter unter Anklage gestellt, machte Friedrich zu seiner

Verteidigung geltend, daß er sich in Vertbeidigung befinden habe, da er mit einem Messer angegriffen worden sei. Durch die Beweisaufnahme wurde dies jedoch widerlegt, im Gegentheil festgestellt, daß F. dem Z. nachgelaufen sei und ihn verlegt habe. Der Herr Staatsanwalt wollte dem Angeklagten mit Rücksicht auf sein schweres Amt mildernde Umstände bewilligen. Der Gerichtshof konnte jedoch in dem ganzen Thatbestand keine Milderungsgründe sehen, und verurtheilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis.

Die letzte Verhandlung ergab wiederum eine Bestätigung für das Sprichwort: "Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein." Angeklagt war der Mühlbesitzer Karl Blaurod aus Ha- gen wegen Verleitung zum Meineid. Die Beweisaufnahme ergab jedoch so wenig Belastendes, daß seitens der königlichen Staatsanwaltschaft selbst die Freisprechung beantragt wurde. Dagegen machte einer Derjenigen, welcher angeblich von B. zur Ab- legung eines falschen Zeugnisses verleitet sein sollte, der Arbeiter Julius Thoms aus Hagen, solche unglaublichen Aussagen, daß sein Zeugnis aus- schließlich im Protokoll aufgenommen wurde und wäh- rend Blaurod von der gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen wurde, erfolgte die sofortige Verhaf- tung des Thoms wegen dringenden Verdachts des wissentlichen Meineides.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: "Doktor Wespe." Lustspiel in 5 Akten.

Bermischtes.

Berlin. Es wird die Vermuthung ange- sprochen, daß der Mörder des Gelbbriefträgers Kos- sath ein entlassener Postbeamter sei. Für diese An- nahme sprechen drei gewichtige Momente: Erstens, daß der Thäter sich den Montag Vormittag für die That ausgewählt hat, denn an diesem Vormittage häuft sich in Folge des vorhergegangenen theilwei- sen Ruhetages die Bestellung der Vertbeidigungen und am Montag Vormittag führen die Gelbbrief- träger regelmäßig das meiste Geld bei sich. Zwei- tens: Der Gelbbriefträger hat im vorliegenden Falle instruktionswidrig das Papiergeld und die Goldstücke in der Leibtasche gehabt, die nur zur Aufnahme der Anweisungen und Briefe bestimmt ist, während nach der Dienstvorschrift sämtliches Geld in der verschließbaren Bügeltasche sich befinden soll. Der Thäter, dem wohl diese Vorschriften bekannt waren, hat deshalb, trotzdem er in der Bügeltasche sehr wenig fand, die Leibtasche gar nicht untersucht, dagegen hat er ein in der Hosentasche des Ermor- deten befindliches Portemonnaie entleert, weil den Eingeweihten bekannt ist, daß die Gelbbriefträger ihr Geld in der Regel nicht in der Bügeltasche, son- dern in ihrem Portemonnaie tragen. Drittens spricht für die Annahme, daß der Thäter ein ent- lassener Postbeamter sei, noch der Umstand, daß er sich in der Nähe des Bestellpostamts eine Stube gemiethet hat, damit er einer der ersten sei, welche der Gelbbriefträger auf seinem Rundgang besuche. Wie bereits gemeldet, war er auch der dritte Adres- sat, den der Koskath auf seinem Rundgang aufsuchte. Das von dem Mörder dem Koskath geraubte Geld hat sich sämtlich in der Bügeltasche resp. im Por- temonnaie befunden. Noch vorgefunden wurden bei dem Ermordeten 2593 Mk. 6 Pf. in 24 Hundert- Markscheinen, in 9 Zwanzigmarkstücken und der Reiz in Nickel- und Kupfermünzen, welche Summen sämtlich die Leibtasche des Ermordeten enthielt. Man ist in kriminalpolizeilichen Kreisen theilweise der Ansicht, daß der Mörder des Koskath identisch mit dem bisher noch unermittelten Manne ist, der im August vorigen Jahres die in der Alten Schützen- straße wohnende Wittve Gottfried ermordete.

Die Frage der Leichenverbrennung wird dieser Tage nun auch in Paris in einer öffentlichen Konferenz und zwar unter dem Vorsitz des bekann- ten Maitres Koehlin-Schwarz erörtert werden. Hier- bei werden die verschiedenen Modelle der in Deutsch- land, Oesterreich und Italien fungirenden Verbren- nungsöfen dem Publikum demonstriert werden. Herr Koehlin-Schwarz, ein leidenschaftlicher Agitator für die Leichenverbrennung, hofft bereits in nächster Zeit die Erlaubnis zur Anstellung praktischer Versuche zu erhalten. Man will extra muros die Leichname von in Hospitälern verstorbenen Personen, die von ihren Angehörigen nicht reklamirt worden sind, ver- brennen. Bei dieser Gelegenheit sei konstatirt, daß im Verlaufe von 10 Jahren der Akademie des Sciences mehr als 40 Projekte zugegangen sind, die sämtlich eine radikale Abänderung in der Art der Leichenbestattung erstreben. Einige dieser Pro- jekte sind recht absonderlicher Natur. Professor M. Mentin empfahl der gelehrten Körperschaft am 13. Juli 1879 sein Verfahren, Leichname in eine dicke, farblose Flüssigkeit umzuwandeln. Dr. Rousteau richtete am 20. Februar 1873 ein Projekt ein, da- hingehend, die Körper innerhalb 3 Stunden voll- ständig zu pulverisiren. Den Vogel hat jedoch ein Zivilingenieur Molincau aus Versailles abgeschossen, welcher am 9. August 1873 der Akademie ein Ver- fahren unterbreitete, mittelst dessen er die ihm über- lieferten Kadaver zu einer für Bauten verwendbaren Steinmasse umzuwandeln wollte. Zu den eifrigsten Anhängern der Leichenverbrennung haben in Frank- reich übrigens Jules Grevy und Leon Gambetta gehört. Koehlin-Schwarz, ein Hausfreund Grevy's, findet im Elysee für seine Bestrebungen warme Un- terstützung und Gambetta hat als Chef des Grand Minist re den Professor Venturini in Mailand, den Erbauer eines Verbrennungsöfens, zum Ritter der Ehrenlegion ernennen lassen. Gambetta hat bei Lebzeiten den Wunsch ausgesprochen, daß sein sterb- lich Theil dereinst den Flammen überantwortet werde und deshalb wurde nach dem Tode des berühmten

Staatsmannes von seinen Freunden einen Augen- blick auch die Frage der Leichenverbrennung in Be- tracht gezogen, für welche namentlich Paul Bert lebhaft eintrat. Der Plan scheiterte schließlich an dem entgegengekehrten Willen des Vaters Gambetta's und an den in Frankreich durch die Geseze sich dar- bietenden Schwierigkeiten.

Hat man auch Photographien bereits auf allen möglichen Gegenständen angebracht, wie auf Bistensarten, Porzellanstücken u. s. w. u. s. w., so dürfte es doch nicht allgemein bekannt sein, daß man auch Versuche angestellt hat, sog. unverlöschliche Photographien auf der menschlichen Haut zu fixiren. Die Haut des menschlichen Körpers ist nämlich in weit höherem Maße empfindlich für photogra- phische Einträge, als z. B. das Papier, und braucht man eine Stelle derselben nur mit Salzwasser und später mit einer schwachen Lösung von salpetersau- rem Silber anzufeuchten, um dieselbe zur Aufnahme einer Photographie geeignet zu machen, worauf ein Photograph mit Leichtigkeit jedes gewünschte Bild auf der Haut fixiren kann. Derartige Photogra- phien sollen sehr dauerhaft sein.

In Königsberg hat dieser Tage Professor Schönborn eine sehr interessante Magen sel- tion auszuführen. In dem Magen des operirten Mädchens wurde nämlich ein vollständiges Haar- schignon vorgefunden und durch die gemachte Magenöffnung herausgeholt. Das junge Mädchen hatte seit Jahren die Spitzen ihrer Zöpfe abgebi- sen, in der Meinung, daß die Haare dadurch besser wachsen werden, und hatte die kurzen Härchen, zu Klümpchen gefaßt, heruntergeschluckt. Diese Klümp- chen hatten sich im Magen zusammengeballt und allmählich eine Art Schignon gebildet, um welches sich im Magen eine Kruste herumgelegt hatte. Das junge Mädchen erkrankte, konnte die Speisen nicht vertragen und Niemand ahnte, was die Ursache der Krankheit sei. Schließlich wurde zu der gefährlichen Operation der Oeffnung des Magens geschritten, da von außen wahrgenommen wurde, daß ein har- ter Gegenstand unter der Magenwand festlag. Das Erschaunen der Aerzte, als das Haarbündel zum Vorschein kam, soll außerordentlich gewesen sein.

Telegraphische Depeschen.

Bukarest, 15. März. Die Abwesenheit des Königs, welcher seiner angegriffenen Gesundheit we- gen über Pest und Graz nach Genoa geht, wird sicherem Vernehmen nach etwa 6 Wochen dauern. Derselbe wird von keinem Minister begleitet und hat die Reise keine politische Bedeutung.

Konstantinopel, 14. März. Die Bforte hat noch keine Entscheidung bezüglich der Verlängerung der Funktionsdauer Mustem Paschas als General- Gouverneur des Libanon getroffen.

Rom, 14. März. Zur Feier des Geburts- tages des Königs gab der Minister des Aeußeren, Mancini, heute ein Diner, an welchem die Vertre- ter des diplomatischen Korps theilnahmen. Der Doyen desselben, Botschafter v. Keudell, trank auf das Wohl des Königs und der königlichen Familie, während Mancini einen Toast auf die Souveräne und Staatsoberhäupter der befreundeten und ver- bündeten Länder ausbrachte.

Rom, 14. März. Deputirtenkammer. Der s. J. in Oesterreich wegen politischer Verbrechen zum Tode verurtheilte Deputirte Finzi sagt, Italien sei gezwungen worden, sich nach dem Osten zu wen- den, da es von den westlichen Mächten nur Nach- theile und Schimpf erfahren habe. Man müsse da- her der von dem Ministerium bewilligten Annähe- rung an die beiden Kaiserreiche Beifall zollen. Er stimme einer Verbindung mit Deutschland zu, vor- ausgesetzt, daß durch eine solche Italien nicht ver- pflichtet werde, Deutschlands Politik des Ueberge- wichts zu unterstützen. Auch eine Verbindung mit Oesterreich - Ungarn bilige er, wenn dieselbe unter beiderseitig gleichen Bedingungen erfolge. Er glaube, daß die politischen Erwägungen dahin führen wür- den, diese Verbindung enger zu schließen. Er be- klage, daß man der Intervention in Egypten nicht zugestimmt habe. Dem Deputirten Marfelli gegen- über wiederholt der Minister des Aeußeren, Man- cini, die Ablehnung einer Intervention sei keine de- finitive gewesen, wohl aber die Folge des bereits im Staatsrathe gefaßten Beschlusses, nicht unmittelbar Anerbietungen einer isolierten Aktion, von welcher Macht dieselben auch kommen mögen, anzunehmen. Minghetti gegenüber weist der Minister nach, welche internationalen Verpflichtungen die Regierung hin- dern mußten, das Anerbieten Englands ohne Wei- teres anzunehmen und erklärt, daß die eventuellen Vortheile dem Opyern, unter anderen den finanziel- len, nicht entzogen haben würden, da Niemand die Dauer der Intervention hätte voraussehen kön- nen. Der Minister spricht dem Deputirten Savini seinen Dank dafür aus, daß derselbe, wenn er schon eine Allianz mit Oesterreich - Ungarn für unmöglich halte, doch erklärt habe, weder direkt noch indirekt die vorverfügen und von ihm selbst mißbilligten Versuche zu befürworten. Dem Deputirten Fortis gegenüber bekräftigt der Minister seine früheren Er- klärungen und fügt hinzu, wenn man das Recht der Revision in Gebietsheilen zugestehe, Italien das Vertrauen in die Verträge fören und bei allen Großmächten Mißtrauen erwecken würde. Der Mi- nister glaubt, von allen weiteren Erklärungen in dieser Hinsicht Abstand nehmen zu sollen, da es unter der Würde dieser Versammlung sein würde, derartige Erwägungen anzustellen. Er werde Ita- lien mit einer solchen Politik nicht in die Acht der zivilisirten Nationen bringen. — Die Generaldis- kussion wird hiernach geschlossen und die Beratung der einzelnen Artikel des Budgets des Aeußeren begonnen.